



Schuldenstatistik im 1. Halbjahr 2025 offenbart deutlichen Anstieg kommunaler Verschuldung

Die öffentlichen Schulden sind im 1. Halbjahr 2025 weiter auf nunmehr 2,55 Bio. Euro angestiegen. Die Verschuldung der Kommunen nahm merklich zu und beläuft sich mittlerweile auf fast 180 Mrd. Euro. Der höhere kommunale Verschuldungsgrad ist vor allem auf die strukturelle Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden in Deutschland zurückzuführen. Die Kassenkreditverschuldung war auch aufgrund von Landesentschuldungsprogrammen lange rückläufig, stieg zuletzt aber an und ist mit über 36 Mrd. Euro weiterhin hoch und stellt in Zeiten weiter spürbar ansteigender Zinsen ein enormes Haushaltsrisiko dar.

Am 15.10.2025 hat das Statistische Bundesamt die Zahlen zum vorläufigen Schuldenstand des Öffentlichen Gesamthaushalts (Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung einschließlich aller Extrahaushalte) zum Ende des ersten Halbjahres 2025 veröffentlicht. Zum Stichtag 30.06.2025 belief sich die Gesamtverschuldung des Staates beim nicht-öffentlichen Bereich auf 2.553,976 Mrd. Euro. Je Einwohner/in lag damit die Verschuldung bei 29.758 Euro. Zum 1. Quartal stieg die Verschuldung um 1,2 Prozent (30,6 Mrd. Euro) an.

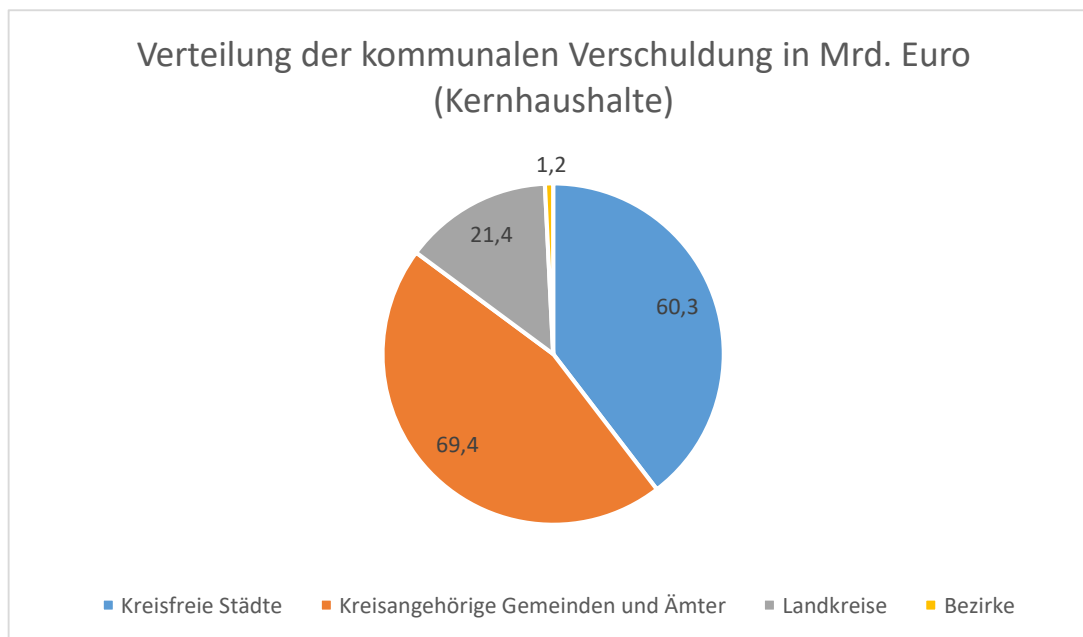
Verschuldung von Bund und Ländern

Während die Verschuldung des Bundes im 2. Quartal 2025 um 1,8 Prozent (30,9 Mrd. Euro) auf 1.764 Mrd. Euro aufwuchs, konnten die Länder ihre Verbindlichkeiten um 5,7 Mrd. Euro reduzieren (-0,9 Prozent). Statistisch am stärksten rückläufig war die Landesverschuldung in Sachsen-Anhalt (-3,7 Prozent) sowie Baden-Württemberg und Niedersachsen (jeweils -2,6 Prozent). Einen deutlichen Schuldenanstieg verzeichneten prozentual Mecklenburg-Vorpommern (+5,5 Prozent), Schleswig-Holstein (+2,8 Prozent) und Hessen (+2,5 Prozent).

Kommunale Verschuldung

Am höchsten ist die Schuldenzunahme zum wiederholten Mal auf kommunaler Ebene. Allein in den Monaten April bis Juni legte hier die Verschuldung um 5,4 Mrd. Euro auf nunmehr 179,8 Mrd. Euro zu (+3,1). Je Einwohner entspricht dies einer Belastung von 2.327,18 Euro. Im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt nahm die Verschuldung sogar um 13 Prozent zu. Den höchsten prozentualen Schuldenanstieg gegenüber dem Vorquartal wiesen dabei die Gemeinden und Gemeindeverbände in Brandenburg (+5,7 Prozent) auf, gefolgt von Rheinland-Pfalz (+5,1 Prozent) und Schleswig-Holstein (+4,2 Prozent). Einen Rückgang der Verschuldung gab es wie schon im 1. Quartal 2025 lediglich in Thüringen (-0,6 Prozent). Die Kassenkredite der kommunalen Kern- und Extrahaushalte lagen zum Stichtag 30.06.2025 bei 36,6 Mrd. Euro.

Betrachtet man nur die Kernhaushalte, so beläuft sich der kommunale Schuldenstand auf 133,677 Mrd. Euro. Nachdem durch diverse Altschuldenprogramme die Kassenverschuldung in den letzten Jahren zurückging, zieht sie nun wieder kräftig an und liegt bei 33,24 Mrd. Euro. Hingewiesen sei darauf, dass die zur Liquiditätssicherung aufgenommenen Wertpapierschulden hier nicht berücksichtigt sind. Die gesamten Wertpapierschulden lagen zum 30.06.2025 bei 2,175 Mrd. Euro. Die Kernhaushalte der kreisangehörigen Gemeinden und Ämter waren zum 30.06.2024 mit 69,354 Mrd. Euro verschuldet. Die Kassenkreditverschuldung lag bei 12,345 Mrd. Euro.

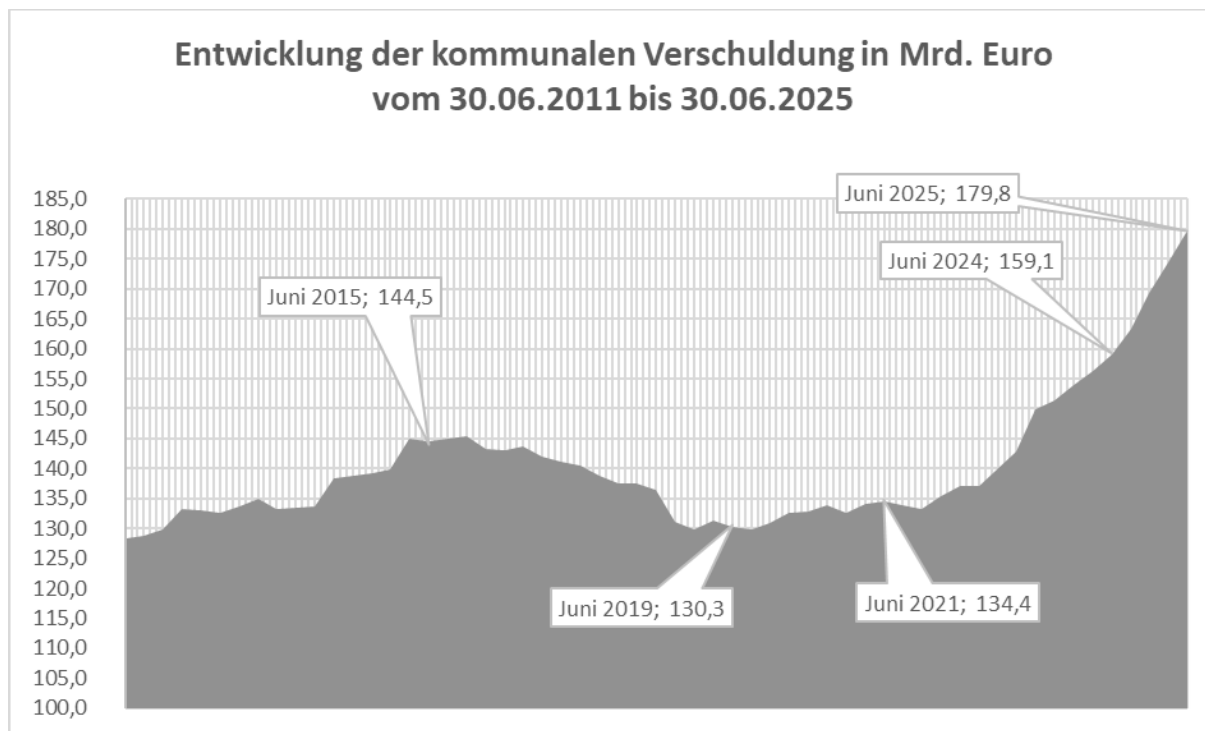


Anmerkung:

Die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes verdeutlichen nochmals die dramatische Finanzlage der Städte und Gemeinden. Die gute wirtschaftliche Situation in der Vergangenheit, nebst einer guten Entwicklung der Steuereinnahmen, hat den Kommunen, auch durch Landesentschuldungsprogramme, ermöglicht, seit dem Jahr 2015 (damaliger Höhepunkt 145,5 Mrd. Euro) Schulden abzubauen. Diese Entwicklung wurde durch die Corona-Pandemie jäh beendet. Seitdem wächst die Verschuldung wieder dynamisch auf. Infolge der strukturellen Unterfinanzierung der kommunalen Ebene steigt die Verschuldung immer rasanter an. Im Vergleich zum 30.06.2024 um satte 13 Prozent. Zum Vergleich: Die gesamtstaatliche Verschuldung nahm im selben Zeitraum relativ betrachtet lediglich um 3,8 Prozent zu.

Bund und Länder müssen endlich einen Weg und konkreten Zeitplan aufzeigen, wie die kommunalen Finanzen wenigstens halbwegs wieder auf solide Füße gestellt werden. Dringend notwendig ist dabei eine signifikante Entlastung bei den Sozialausgaben. Um den Investitionsrückstand anzugehen sowie Zukunftsinvestitionen schultern zu können, sind zudem höhere gemeindliche Anteile an den Gemeinschaftssteuern notwendig. Zudem ist eine echte Konnexität dringend erforderlich, um ein kommunal unverschuldetes Abdriften in Defizite künftig zu verhindern. Das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt!“ muss auch tatsächlich gelebt werden und muss die europäische Ebene miteinschließen. Schließlich werde jede Richtlinie oder Verord-

nung vom Rat der Europäischen Union, und somit auch von der Bundesregierung, beschlossen. Eine echte und gelebte Konnexität muss zudem zwingend auch Standardanpassungen und Aufgabenerweiterungen berücksichtigen. Die vom Bund nicht gegenfinanzierten Kostenexplosionen bei der Kind- und Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe stehen hierfür sinnbildlich.



Weitere Informationen:

Statistischer Bericht „Vierteljährliche Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts – 2. Quartal 2025“: www.destatis.de

(Quelle: DStGB-Aktuell 4225-04)

pa-ds